

Beschluss: Die Zukunft braucht jedes Kind – Wie Freie Demokraten neue Chancen schaffen

(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)

Jedes Kind hat verdient, zu einer starken, selbstbestimmten Persönlichkeit heranzuwachsen. Wie ein Sprichwort sagt, braucht es dazu ein ganzes Dorf. Wir Freie Demokraten sehen deshalb eine Aufgabe für unsere ganze Gesellschaft darin, Kindern ein glückliches Aufwachsen zu ermöglichen. Dazu braucht es ein erfolgreiches Zusammenspiel von Eltern, Familien, Schule, KiTas, Vereinslandschaft und Zivilgesellschaft, Nachbarschaften und einer klugen Begleitung durch Politik, Staat und seine Institutionen.

Der Bildungsgrad, das Einkommen und das soziale Kapital der Eltern wirken sich noch viel zu stark auf die Bildungs- und Entfaltungschancen sowie die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern aus. Als Liberale wollen wir Flügelheber sein. Unser Anspruch muss sein, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, seine Talente, Interessen und Begabungen mithilfe der besten Bildung der Welt zu nutzen. Wir können es uns nicht leisten, Potentiale ungehoben zu lassen. Wir brauchen alle fleißigen Hände, klugen Köpfe und warmen Herzen, um Marsraketen zu bauen, die nächste technologische Revolution zu starten und unsere Gesellschaft zu bereichern. Abseits der Kinderarmut im Kontext von Flucht und Asyl hat es in den letzten Jahren schon eine Reduktion von Kindern im Leistungsbezug gegeben. Das müssen wir ausdehnen und verstärken.

Um die Folgen von Armut auf die Entwicklung von Kindern wirksam zu dämpfen, ist es zielführend, materielle und immaterielle Armut im Blick zu haben und beides wirksam zu adressieren. Zu häufig wird die politische Diskussion auf materielle Armut verkürzt und suggeriert, diese sei schlicht mit einem Mehr an Transferleistungen zu beseitigen.

Die heute vorgefundene Situation in beiden Dimensionen kann uns Freie Demokraten nicht zufriedenstellen: Monetäre Leistungen und Maßnahmen für Kinder differenzieren sich in eine unübersichtliche Landschaft von Ansprüchen auf bis zu 150 verschiedene Hilfen aus. Unter ihnen werden selbst große Bausteine wie der Kinderzuschlag (KiZ) oder das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) nur sehr unzureichend in Anspruch genommen. Der KiZ erreicht laut Schätzungen vermutlich nur ein Drittel der Berechtigten und die Mittel des BuT fließen zu nur einem Fünftel tatsächlich ab. Gleichzeitig fließt beim BuT ein Drittel aller Gelder in Bürokratie. Es ist absurd, dass ausgerechnet die Hilfen für Kinder ins größte Dickicht des unübersichtlichen Sozialstaats führen. Das kostet nicht nur viel Geld, sondern trägt auch zum Gefühl bei, in diesem System gefangen zu sein. Es frustriert und entmutigt insbesondere Kinder und Jugendliche.

Diesen Dschungel wollen wir mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Kindergrundsicherung lichten:

- Die Kindergrundsicherung wird ein Neustart der Familienförderung sein, in dem wir bisherige finanzielle Unterstützungen wie Kindergeld, Leistungen aus SGB II/XII für Kinder, Teile des Bildungs- und Teilhabepakets sowie den

Kinderzuschlag zusammenführen. So entsteht ein einfacher, digitaler, möglichst automatisierter Leuchtturmprozess für eine moderne Sozialverwaltung, der beispielhaft für Reformen anderer Sicherungssysteme, wie beispielsweise einer Bündelung anderer Leistungen im Bürgergeld, wirkt.

- Der Stolz auf das erste selbst verdiente Geld ist gerade für junge Menschen in wirtschaftlich schwierigen Situationen wichtig. Sie erfahren Selbstwirksamkeit. Mit der Abschaffung der Kostenheranziehung in der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Privilegierung von Ausbildungsvergütungen und Einkommen neben Schule und Studium im Bürgergeld haben wir diese Erfahrung gestärkt. Diese Errungenschaft darf im Zuge der Kindergrundsicherung nicht verloren gehen.
- Wir vertrauen in den Antrieb, der vom Anspruch „meine Kinder sollen es einmal besser haben“ ausgeht. Wir unterstützen Eltern deshalb in ihren Mühen, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Sozialsystem zu überwinden, und achten bei allen Sozialreformen auf das Lohnabstandsgebot. Gerade für kleine Einkommen muss ein Vorankommen durch eigene Leistung wieder besser möglich werden. Hierzu bedarf es auf der einen Seite einer weiteren Verbesserung der Hinzuverdienstregeln im Leistungsbezug als auch eines entsprechenden Unterschiedes zwischen denjenigen, die arbeiten und denjenigen, die nicht arbeiten.
- Für einen digitalen und barrierearmen Zugang zu Unterstützungsleistungen in typischen Lebenssituationen werden wir die Erfahrungen einzelner Bundesländer nutzen, und Sammelantragsverfahren bundesweit ausrollen. Generell begrüßenswert sind automatisierte Auszahlungsverfahren.

Um in Zeiten von stark steigenden Preisen das Existenzminimum abzusichern, sind wir Freie Demokraten in der Bundesregierung schon zu Jahresbeginn wichtige Schritte gegangen. So haben wir mit der BAföG-Reform zum Jahr 2023 den Förderhöchstsatz um rund 8,5 Prozent erhöht, das Kindergeld und den Kinderzuschlag auf je 250 Euro pro Kind und Monat massiv angehoben, den steuerlichen Kinderfreibetrag erhöht, den Sofortzuschlag für Familien mit geringem Einkommen eingeführt und die Regelsätze im Bürgergeld für Kinder an die Inflation angepasst. Bei der Zusammenführung unterschiedlicher Leistungen geht es daher nicht um eine pauschale Leistungsausweitung und sollte es auch nicht indirekt zu neuen Berechnungsmethoden des höchstrichterlich geprüften Existenzminimums kommen. Aus diesem Grund dürfen zum Beispiel die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht in die Kindergrundsicherung überführt werden.

Da Chancen aber nicht nur von der Einkommenssituation des Elternhauses abhängig sind, nehmen wir Freie Demokraten daneben insbesondere die nicht-materielle Armut in den Blick. Dabei erkennen wir an, dass staatliches und gesetzgeberisches Handeln nicht ersetzen kann, da hierfür echte menschliche Begegnungen nötig sind. Es braucht Kümmerner, Liebende, Vorbilder, Lehrer, Erziehende und Rückenwindgeber. Unbenommen bleibt aber unser Anspruch, diese wichtigen Begegnungen durch unsere Politik zu befördern.

Mehr Chancen für mehr Kinder sind ein starker Hebel, um die genannten

Herausforderungen erfolgreich zu gestalten:

- Als dritte Säule der Kindergrundsicherung, neben dem Garantiebtrag und dem einkommensabhängigen Zusatzbetrag, verstehen wir das ebenfalls koalitionsvertraglich vereinbarte Kinderchancenportal. Es schafft einen schnellen, digitalen und übersichtlichen Zugang zu den bisherigen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes, wie beispielsweise die Mitgliedschaft in einem Sportverein, und kann durch kommunale und andere Angebote erweitert werden. Es ist die zentrale Plattform, die Kindern Zugang zu neuen Perspektiven und gesellschaftlicher Teilhabe eröffnet. Die Anbindung an die Vielfalt unserer Vereinslandschaft ist dabei von unschätzbarem Wert.
- Mit dem neuen Startchancen-Programm und der Bildungsmilliarde schaffen wir für Kinder und Jugendliche bessere Bildungschancen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Dort, wo die sozialen Herausforderungen am größten sind, brauchen Kinder die besten Schulen. Wir übertragen damit Erfolge liberaler Landespolitik, wie wir sie etwa mit den Talentschulen in Nordrhein-Westfalen erreichen konnten, auf den Bund. Darüber hinaus setzen wir Freie Demokraten uns für zukunftsfähigen Bildungsföderalismus, mehr Autonomie für Schulen, Aufstiegscouts und frühe Sprachförderung ein.
- Wir erkennen den Wert der Frühkindlichen Bildung als Chancengeber fürs ganze Leben der Kinder an. Mit rund 4 Milliarden Euro bis 2024 unterstützt der Bund mit dem KiTa-Qualitätsgesetz Länder und Kommunen dabei, die Betreuungsqualität weiter zu verbessern und das Gesetz hin zu bundesweiten Standards weiterzuentwickeln. Dabei stehen für uns eine bessere Betreuung, Sprachförderung und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot im Fokus.